



Rückblick und Ausblick

Nachdem am Sonntag auch Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun in ihren Ämtern bestätigt worden sind, ist das Kabinett nunmehr vollzählig und die Regierungstrife nach 24wöchiger Dauer beendet. Die Verständigung zwischen den beiden „Gegensüßlern“ im Kabinett, Warmbold und Braun, kam nach längeren Verhandlungen am Sonntag zum Abschluß und wurde in eine Formel gefaßt, von der sich der neue Reichskanzler befriedigt erklärte. Darauf erfolgte dann auf Vorschlag Schleichers die nachträgliche Bestätigung durch den Reichspräsidenten. Die Verständigung besteht darin, daß Braun auf seine Kontingentierungspläne verzichten mußte; er wurde mit dem Hinweis getröstet, daß verschiedene Handelsverträge in den nächsten Monaten ablaufen und daß man dann versuchen werde, den Schutz der Landwirtschaft auf dem Weg von Verhandlungen zu sichern. Dies entspricht auch der Auffassung des neuen Reichskanzlers, daß die bekanntlich auch gegen die Kontingentierungspläne ist. Daß darin die Gefahr liegt, daß die deutsche Landwirtschaft, die bestimmt auf die Einfuhrkontingentierung rechnet, in scharfer Kampfstellung zum Kabinett Schleicher tritt, ist nach den Erklärungen des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Reichslandbunds und der Grünen Front wohl nicht zweifelhaft.

Die neue Wendung in der ganzen Innenpolitik wird in politischen Kreisen als ein Erfolg der Zentrums-politik bezeichnet, die den Ausschlag erhielt mit der Weigerung des der Zentrumspartei angehörigen Stellvertretenden Reichskommissar in Preußen, Dr. Bracht, in ein neues Kabinett Papen einzutreten. Dieser Weigerung schloßen sich einige andere Minister an. Der Reichspräsident hatte bis zum letzten Augenblick an Papen festgehalten und seine Ernennung stand noch am Freitag abend unmittelbar bevor. Nach der Weigerung Brachts war aber die Stellung Papens unhaltbar geworden. Darnach glaubt man in politischen Kreisen annehmen zu dürfen, daß es ihr auch gelingen werde, in der Preußenfrage eine Lösung herbeizuführen, etwa in der Form, daß der jetzige Reichsinnenminister Dr. Bracht zugleich preussischer Innenminister werde, während der preussische Ministerpräsident in verfassungsmäßiger Weise von der Landtagsmehrheit gewählt werde. Zu diesem Zweck müßte zunächst durch eine Verbindung oder Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten im preussischen Landtag eine Mehrheit gebildet werden, die sich mit der Zeit auf den Reichstag übertragen würde. Eine solche Politik kommt offensichtlich den Reaktionen des Kanzlers Schleicher entgegen, dessen Taktik darin besteht: die Nationalsozialisten für sich zu gewinnen und das Zentrum nicht zu verlieren.

Das Kabinett Schleicher wird als ein „Kabinett des Waffenstillstands“ bezeichnet. Die Ausnahme, die es im allgemeinen im Volk findet, ist demgemäß nicht warm und nicht kalt; man will abwarten, was werden soll. Jedenfalls steht General v. Schleicher mit seiner Tätigkeit unter wesentlich leichteren Voraussetzungen ein als sein Vorgänger Papen. Nach Vergangenheit und Gegenwart, meint der „Tag“, sei Schleicher nach allen Seiten unabhängig und nur dem Staat und der Nation verhaftet; wenn er die Stellung nicht verlässe, sei er politisch hinterwärts nicht abzuziehen. Denn er lehne sich gegen die harte Mauer von Stahl und soldatischem Gehoramt. Wenn er diese Stellung nicht verlässe und sich nicht in das Treiben des neudeutschen Parlamentarismus begäbe, dann sei er stark — suche er sich eine Parlamentsmehrheit, und sei es auch nur zur Duldung seines Kabinetts, dann werde er an der Durchführung eines wirksamen Arbeitsbeschaffungsprogramms scheitern.

Die „Germania“ hofft, daß das Kabinett Schleicher in seine „Ueberparteilichkeit“, die es wohl betonen werde, auch seine Unabhängigkeit von der Deutschnationalen Volkspartei überzeugend eingeschlossen sei. — Die „Börsenzeitung“ erklärt es als eine Hauptaufgabe des neuen Kabinetts, den Interessengegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft zu beseitigen und die Rentabilität der Wirtschaft wieder herzustellen.

Krise der Abrüstungs-Konferenz

Genf, 5. Dez. Die Lage in Genf ist unverkennbar kritisch geworden. Die Besprechungen der Hauptvertreter der vier Großmächte hatte nicht das geringste Ergebnis. Herriot und die französische Diplomatie stellen sich auf den Standpunkt, es sei gar nicht nötig, die Deutschen zu den Beratungen heranzuziehen. Frankreich wolle die Abrüstung, aber keinesfalls eine Aufrüstung Deutschlands. Deutschland solle in dem ihm vorgeschriebenen Entwaffnungszustand verharrt und beiseite bleiben, dann werden die andern um so leichter sich einigen. Von einer Herausnahme der Gleichberechtigungsforderung aus der ganzen Aufgabe und ohne daß vorher die Sicherheit geregelt wäre, könne keine Rede sein.

Tagespiegel

Die Reichstagsgruppen der Deutschen Volkspartei und des Volksdienstes haben sich zu einer „Fraktion der technischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen. Die neue Fraktion hat 17 Mitglieder, nämlich elf Volksparteiler, fünf Christlich-Soziale und einen Hannoveraner.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sofort einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Schleicher einbringen. Die Zentrumsfraktion stimmt einer längeren Vertagung des Reichstags zu, verlangt aber Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der letzten Notverordnung.

Der Vorstand des Landgemeindeflags erklärt in einer Entschließung, daß der Landgemeindeflag an den Hauptpunkten des Arbeitsbeschaffungsprogramms seines bisherigen Vorsitzenden Dr. Gerde (jetzt Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung) festhalte: Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge unter Einhaltung der Privatunternehmer und Bereitstellung von billigem Geld unter Ablehnung aller zusätzlichen Lasten. Ferner wurde die Zurückstellung des für 1. April 1933 vorgesehenen Steuervereinfachungsgesetzes gefordert und gegen das Gutachten der Reichsanstalt über die Mitwirkung der Gemeinden scharf Stellung genommen; die vier Gemeinde-Spitzenverbände werden ein Gegengutachten erstatten.

Vertreter des britischen Handelsamts sind in Berlin eingetroffen, um den britischen Volkshändler zu unterrichten, der mit der deutschen Regierung über verschiedene sich aus dem englisch-deutschen Handelsvertrag vom Jahr 1924 ergebende Fragen zu verhandeln beabsichtigt. Es handelt sich besonders um die deutschen Einfuhrbeschränkungen britischer Rohle.

Nach der Besprechung Neuraths bei Mac Donald in Genf am Montag abend gab der britische Erminister ein Essen, an dem Neurath, Herriot, Davis und der Italiener Aloisi teilnahmen.

Die „Hungermärsche auf Washington“ konnten dank der umfassenden Vorbereitungen der Polizei aufgesangen und in Lastwagen und dergl. in ein Sammellager am Rand der Stadt geleitet werden. Die Leute dürfen am Mittwoch einzeln in die Stadt hinein, jedoch sind Umzüge verboten und um das Kapitol ist eine Panneile gezogen, die von Sondertrupps aus Polizisten und Feuerwehrleuten abgeperrt wird.

Ein Mitarbeiter schreibt dem „Echo de Paris“ aus Genf, Mac Donald verlange, nachdem die Umstimmungsoeffnung gegenüber den französischen Vertretern gecheitert seien, für Deutschland nicht mehr die unbedingte Gleichberechtigung, sondern nur noch eine bedingte Bewilligung des Gleichberechtigungsgrundgesetzes. Frankreich hoffe dann später, wenn seine Sicherheitsforderungen nicht befriedigt werden, seine Zusage zur Gleichberechtigung zurücknehmen zu können.

Auch Norman Davis habe ursprünglich Frankreich gedrängt, Deutschland sofort die Gleichberechtigung zu bewilligen, wogegen die Abrüstung der Großmächte um 2 oder 3 Jahre hinausgeschoben werden sollte, damit in der Zwischenzeit die Sicherheitsfrage erörtert werden könne. Der Widerstand von französischer Seite habe jedoch Davis zu folgendem Vermittlungsvorschlag veranlaßt: In einem Vorabkommen die bisherigen Konferenzergebnisse festzustellen und alsdann für 3 Jahre die eigentlichen Konferenzarbeiten einer ständigen Abrüstungskommission zu übertragen und ihr auch die Behandlung der Sicherheits- und Gleichberechtigungsforderung zu überlassen. Erst wenn diese Kommission die ihr gestellten Aufgaben erfüllt habe, wäre eine neue allgemeine Konferenz einzuberufen. Herriot stehe diesem Vorschlag nicht von vornherein ablehnend gegenüber. Er habe aber um kurze Bedenkzeit gebeten und bereits zum Ausdruck gebracht, daß auf jeden Fall eine derartige Maßnahme von einer sehr stark wirksamen internationalen Ueberwachung über die gegenwärtigen Rüstungen der verschiedenen Nationen begleitet sein müßte.

Bertinax meldet dem „Daily Telegraph“ aus Genf, Herriot wolle am Mittwoch vormittag nach Paris zurückreisen, bis dahin würden die Fünf-Mächtebesprechungen beendet sein. Dem Vorschlag einer vorläufigen Abrüstungsvereinbarung steht Herriot ablehnend gegenüber; er sehe keinen Grund dafür, daß die Abrüstungskonferenz nicht in der bisherigen Weise programmgemäß weiterarbeiten solle ohne Rücksicht auf die Haltung Deutschlands.

Auch der Londoner „Daily Telegraph“ nennt die Aussichten der Abrüstungskonferenz sehr ungünstig. Es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Besprechungen erfolglos bleiben und sich die Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagen werde. Das Blatt glaubt auch, daß die Konferenz sich vielleicht begnügen werde, wieder eine Entschließung zu fassen, die die bis Null d. A. zustande gebrachten höchst geringfügigen Ergebnisse verzeichnen und daß sie einen Ausschluß einsehen werde, der die Untersuchung der Abrüstungsfragen fortsetzen würde.

Neue Besprechungen

Genf, 5. Dez. Mac Donald, Herriot und Norman Davis traten am Montag vormittag zu einer wichtigen Besprechung zusammen. Mit der Ankunft des deutschen Reichsaußenministers v. Neurath in Genf wird nun eine Entscheidung fallen müssen. Nach der Besprechung gab der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, ein Frühstück, an dem auch Mac Donald und Herriot teilnahmen.

Mac Donald benachrichtigte die deutsche Abordnung, daß er Herrn v. Neurath abends 6 Uhr zu sprechen wünsche.

Für die Gleichberechtigung aller Staaten

Genf, 5. Dez. Der Arbeitsausschuß der an der Abrüstung interessierten internationalen Verbände hat den Teilnehmern der gegenwärtigen Abrüstungsbesprechungen eine Erklärung überreicht, in der gefordert wird, daß die nächstbeteiligten Staaten Schritte tun, um alle ursprünglichen Konferenzteilnehmer zur vollen Teilnahme an der gesamten Arbeit wieder zu vereinigen. Die Konferenz müßte unverzüglich die Gleichberechtigung aller Staaten anerkennen und zwar durch eine unabweidende Erklärung, daß sämtliche bestehenden Abrüstungsverträge in den neuen allgemeinen Abrüstungsvertrag aufgehen, und durch ihn ersetzt werden sollen. Dieser neue Vertrag müsse in ausnahmslos allen Verpflichtungen von den Beteiligten freiwillig angenommen werden.

Neue Nachrichten

Reichstagsvertagung nur bis 10. Januar?

Berlin, 5. Dez. Im Reichstag herrschte heute bereits in den frühen Vormittagsstunden bewegliches politisches Getriebe. Die Fraktionen hielten Sitzungen ab. Die Kommunisten werden sofort ein Antragsprogramm einbringen, das außer Mißtrauensanträgen gegen das Kabinett von Schleicher vor allem Forderungen für die Erwerbslosen und eine politische Amnestie enthalten solle. Die am Samstag begonnene Besprechungen zwischen Reichskanzler v. Schleicher und dem Reichstagspräsidenten Göring wurden am Montag fortgesetzt und für streng vertraulich erklärt. Nach B. B. vertreten die Nationalsozialisten die Parole, nichts zu unternehmen, was die Gegner fördern oder unterstützen könnte. Die Haltung der NSDAP dürfte genauer bestimmt worden sein in der Sitzung der nationalsoz. Reichstagsfraktion, die nachmittags in Anwesenheit Adolf Hitlers im Haus des Reichstagspräsidenten stattfand und bei der Hitler sich die neue Fraktion vorstellen ließ. In nationalsozialistischen Kreisen verläutet, daß eine etwaige kürzere Vertagung des Reichstags bis zum 10. Januar bei „bar“ erscheine unter der Voraussetzung, daß etwa auf dem Gebiet der politischen Amnestie die neue Reichsregierung Entgegenkommen zeige, vor allem gegenüber den durch die Sondergerichte auf Grund der Terrornotverordnung Verurteilten. Eine längere Vertagung hält man nicht für wahrscheinlich.

Wie von zuständiger Seite erklärt wird, ist auf Grund der Besprechungen des Reichskanzlers mit Göring der reibungslose Ablauf der morgigen Reichstagsitzung gesichert. Der Reichstag wird sich lebhaft „konstituieren“. Es wäre denkbar, daß Göring mit Führern der verschiedenen Parteien Frühling nehmen wird. Der Reichskanzler ist jederzeit bereit, die Erklärung der neuen Regierung im Reichstag abzugeben.

Keine Vermögensabgabe geplant

Berlin, 5. Dez. In einem Berliner Blatt ist davon die Rede, die Regierung beabsichtige, eine Vermögensabgabe einzuführen. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, bestehen derartige Pläne nicht.

Sperte des Anwaltsstands gefordert

Berlin, 5. Dez. In einer Abgeordnetenversammlung des Deutschen Anwaltsvereins wurde gestern eine Entschließung gefaßt, in der eine Sperte der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zunächst auf die Dauer von 3 Jahren mit anschließender Beschränkung des Zugangs zur Anwaltschaft (numerus clausus) der Rechtsanwälte gefordert wird.

Abschiedsbesuch Papens

Berlin, 5. Dez. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den Reichskanzler v. Papen zur Verabschiedung. Der Reichspräsident überreichte bei dieser Gelegenheit als äußeres Zeichen seines Dankes und seiner Anerkennung dem scheidenden Kanzler sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

Der Herr Reichspräsident hat heute die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung des neuernannten Reichsarbeitsministers Dr. Friedrich Spruy vorgenommen.

